

KOMMENTARE

Debatte um Impfpolitik
**Wann die Maßnahmen
enden sollten**

GEORG ANASTASIADIS



Schneller als gedacht hat die deutsche Impfdebatte ihren Kippunkt erreicht: Es geht angesichts der inzwischen guten Versorgungslage mit Vakzinen nicht mehr darum, wer zuerst geimpft werden darf – sondern darum, wie der Staat mit jenen verfährt, die sich aus den verschiedensten Gründen nicht impfen lassen wollen. Die Politik wäre schlecht beraten, jetzt an der Freiwilligkeit zu rütteln. Jeder muss in einem freiheitlichen Staat das Recht haben, die Impfung zu verweigern – aber er darf dann auch nicht verlangen, dass im Herbst, wenn die Inzidenzen wieder steigen, der Staat durch den nächsten Lockdown für seine Sicherheit sorgt. Eigenverantwortung hat eben zwei Seiten: einerseits das Recht, die Impfentscheidung souverän für sich selbst zu treffen; andererseits aber auch die Pflicht, sich selbst zu schützen, statt diese Aufgabe an den Staat zu delegieren. Das umfassende, mit drakonischen Lockdown-Maßnahmen versehene Schutzversprechen des Staates endet in dem Moment, in dem jeder Einzelne für die eigene Gesundheit ausreichend Vorsorge treffen kann. Restaurant- oder Fitnessclubschließungen im Herbst etwa wären grob unangemessen, solange nicht neue Virusvarianten sich als resistent gegen die gängigen Vakzine erweisen. Wollte die Politik in der Pandemie weiter nach der bisher verfolgten Devise verfahren, jeder Tote sei einer zu viel, würde sie unweigerlich in der Gesundheitsdiktatur landen. Es wäre daher wünschenswert, dass die Bundesregierung, so wie die britische Regierung, ihre Bürger frühzeitig darauf hinweist, dass die Maßnahmen ab dem Moment enden, da allen ein Impfangebot unterbreitet werden konnte. Für Geimpfte bedeutet das in einem Staat mit verbürgten Grundrechten die verfassungsmäßig gebotene Rückgabe ihrer Freiheitsrechte. Und für Ungeimpfte einen Anreiz, ihre freie Entscheidung noch einmal zu überprüfen.

Georg.Anastasiadis@merkur.de

Die EU und der Westbalkan
**Geostrategisch
notwendig**

ALEXANDER WEBER



Seit Jahren müht sich die EU mit mäßigem Erfolg, die Staaten des Westbalkans an die Union heranzuführen. Die Erweiterungsbegeisterung im Club der 27 ist – gelinde gesagt – überschaubar. Die Sorge, man hole sich mit Eröffnung des Beitrittsprozesses für die sechs Staaten im Innenhof der EU ein Füllhorn neuer Probleme in die Union, scheint übermächtig. Die Liste offener Konflikte ist ja auch lang: Da wäre die Weigerung Serbiens, Kosovo als unabhängigen Staat anzuerkennen; das Veto Bulgariens gegen die Aufnahme Nordmazedoniens wegen historisch-kultureller Konflikte; der hohe Grad kriminell-mafiöser Strukturen in Albanien; (un-)heimliche Gedankenspiele um Grenzverschiebungen entlang ethnischer Kriterien in Bosnien. Und: die tickende Zeitbombe des menschlichen Aderlasses. Statistiker haben berechnet, dass alle zwei Minuten ein Mensch auf dem Balkan die Koffer packt, um sein Glück in der EU zu suchen – und es sind die Tüchtigen, die ihre Heimat verlassen. Wie soll unter diesen Umständen die Region gedeihen und annähernd auf EU-Mindestniveau wachsen, um beitragsfähig zu werden?

Seien wir ehrlich: Die Aufnahme der Westbalkan-Länder ist kein Brüsseler Herzenswunsch, sondern Ergebnis rationaler geostrategischer Überlegungen. Bereits heute unternehmen Russland, China und die Türkei viel, um Einfluss auf die Südostflanke Europas auszuüben. Soll die EU dem tatenlos zusehen und die Länder den Putins, Xis und Erdogans überlassen? Das wäre für die Zukunft der EU das bedrohlichste Szenario.

Alexander.Weber@merkur.de

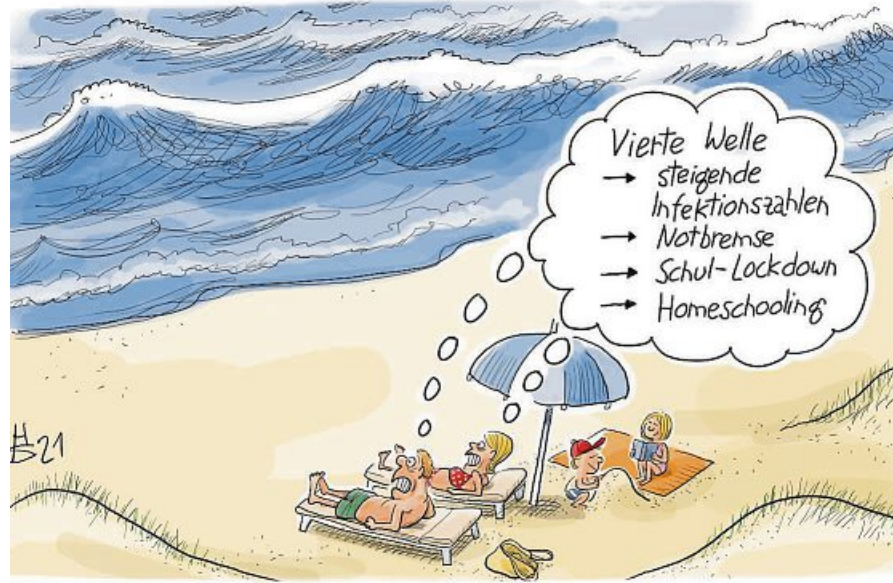
2400 Visa für Afghanen
**Schutz vor
der Blutrache**

CHRISTIAN DEUTSCHLÄNDER



Nein, es hat nichts mit ideologischem Türen-auf-Hurra zu tun, wenn die Bundesrepublik tausende Visa für afghanische Ortskräfte ausgibt. Sondern schlicht mit Fairness. Es geht um die Helfer, die nach 2001 Bundeswehr und Bundespolizei über Sprach- und Kulturbarrieren geholfen haben. Sie sind nach dem überstürzten Abzug der westlichen Soldaten schutzlos der Blutrache der Taliban ausgeliefert. Binnen Monaten, spätestens, werden die Radikalisierung auch die Strukturen im Distrikt Masar-i-Scharif überannt haben, wo die Bundeswehr bis eben noch für etwas Stabilität sorgte. Wer mit westlichen Soldaten kooperierte, darf nicht auf Gnade hoffen. Der Personenkreis der Ortskräfte und ihrer Kernfamilien ist überschaubar. Sie haben Sprachkenntnisse, lernen das deutsche Wertesystem direkt kennen, sind so weit wie möglich sicherheitsüberprüft. Mit den Untiefen der Asyldebatte hat das wenig zu tun. Deutschland hat ab 2015 in Millionenhöhe und unkontrolliert Migranten aufgenommen; ist in der Folge viele Straftäter und Gewaltbereite nicht mehr losgeworden, während Fleißige und Integrationswillige abgeschoben wurden. Im Fall der Ortskräfte darf man weit überwiegend sicher sein, die Richtigen aufzunehmen.

Christian.Deutschlaender@merkur.de



Gebrannte Eltern: Assoziationskette am Strand.

ZEICHNUNG: SAKURAI

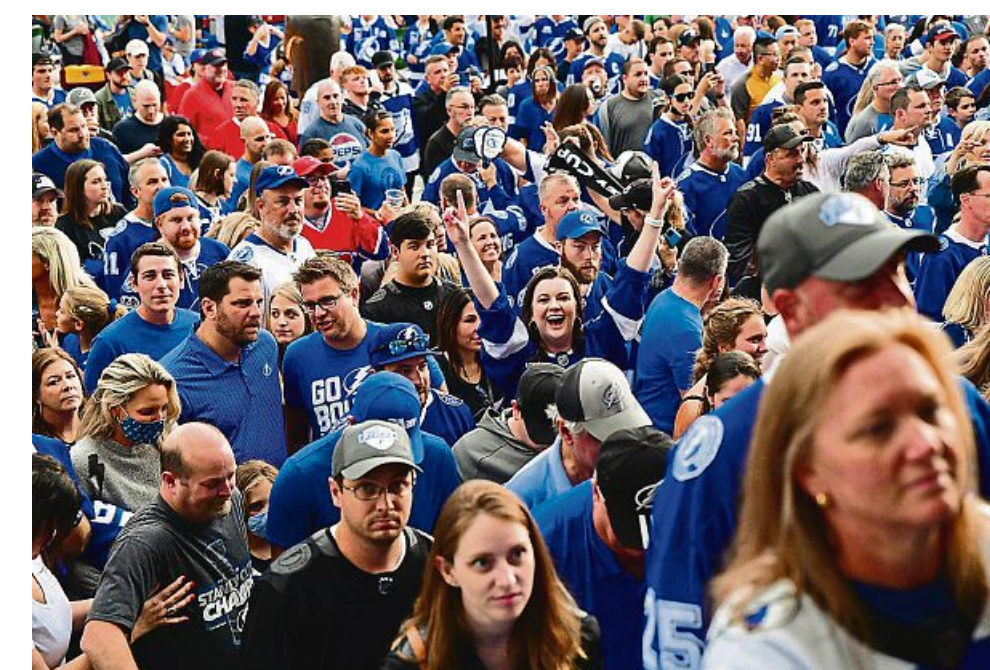
Bald alle Freiheiten für Geimpfte?

Die Impfkampagne stockt. Einige Politiker und Ärzte stoßen deshalb eine generelle Debatte an: Sollen für doppelt Geimpfte alle Einschränkungen wegfallen? Andere halten die Debatte allerdings für verfrüht.

VON MIKE SCHIER

München – Am Flughafen haben doppelt Geimpfte seit vergangener Woche grünes Licht: Seit der digitale Impfpass EU-weit an den Start gegangen ist, sind Reisende mit doppelter Impfung von Quarantäne- und Testpflichten zumindest innerhalb der Union befreit. Das haben die EU-Mitgliedstaaten zugesichert. Im Inland dagegen ist die Lage weniger eindeutig. Zum Beispiel müssen Angehörige von Infizierten mit der Delta-Variante noch immer in Quarantäne – ob mit oder ohne Impfung.

Damit könnte bald Schluss sein. In Berlin beginnt eine Debatte, wie lange die Einschränkung der Grundrechte noch zu rechtfertigen ist. Als Erster wagte sich der Vorstandsvorsitzende der Kasernenärztlichen Bundesvereinigung, Andreas Gassen, aus der Deckung. „Spätestens im September wird für jeden Impf-Willigen ein Impfangebot verfügbar sein, dann müssen eigentlich nahezu alle Corona-Maßnahmen weg“, sagte er der „Bild“-Zeitung. „Jeder kann dann immer noch individuell entschei-



Alles wieder ganz normal: Eishockey-Fans in Tampa, Florida.

FOTO: JULIO AGUILAR/AFP

Bundesregierung plant keine Strafen

Die Bundesregierung hält nichts von Bußgeldern für sogenannte Impfschwänzer. Es gebe keine Planungen für Strafzahlungen, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert in Berlin. Er appellierte aber an die Bürger, Termine rechtzeitig abzusagen.

„Impftermine sind wertvoll“, sagte Seibert. Er appelliere deshalb an alle Menschen, die einen Termin nicht wahrnehmen wollten

oder könnten, diesen so rechtzeitig wie möglich abzusagen. Der Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister Leipzigs, Burkhard Jung (SPD), sagte, wer einen Termin nicht wahrnehmen könne, müsse rechtzeitig Bescheid geben. In Bayern kann man sich zentral auf www.impfzentren.bayern/ wieder abmelden, wenn man inzwischen keine Impfung mehr braucht.

den, ob er oder sie weiter Maske tragen will – Pflicht sollte es dann aber nicht mehr sein.“

Der Wegfall der Maßnahmen sei auch wichtig, um die Impfmoral hoch zu halten. „Mancher wird sich sonst fragen: Warum sollte ich mich

impfen lassen, vielleicht zwei Tage Kopfweh oder andere Impfenwirkungen in Kauf nehmen und etwas für die Herdenimmunität tun, wenn ich weiterhin Maske tragen muss, nur weil sich 20 bis 30 Prozent der Leute weigern.“

Bislang hatte die Politik ein solches Szenario allenfalls hinter vorgehaltener Hand diskutiert. Die Sorge war stets, dass allein schon die Debatte die Moral bei der Einhaltung der Maßnahmen schwächen könnte. Das ändert sich langsam. „Der Grundsatz

Tusk den Retter in der Not, der Polen wieder in einen demokratischen Rechtsstaat verwandeln kann – mit Pressefreiheit, Unabhängigkeit der Gerichte und Minderheitenschutz, insbesondere für die LGBT-Gemeinschaft. Für die anderen symbolisiert er das schlechthin Böse: den ‚Kollaborateur‘, der mit Angela Merkel deutsch und mit Wladimir Putin russisch spricht und dessen neoliberale Regierung einst kein Geld für die kleinen Leute übrig hatte.“

Der Standard, Wien

zu Corona/Impfen:

„Der beste Schutz auch für Kinder und Jugendliche ist die Herdenimmunität im Rest der Bevölkerung.“

Frankfurter Allgemeine

zu Polen/Tusk:

„Für die einen verkörpert

Impfung: Unentschlossene mit Geld locken?

100 Euro wirken laut einer Studie motivierend – Grüne fordern mehr Informationsmobile

München – Der Kippunkt kam plötzlich: Lange stöhnten Ärzte über zu wenig Corona-Impfstoff, jetzt suchen sie mancherorts vergeblich nach Impfwilligen. Der Trend der täglich verabreichten Impfdosen zeigt mittlerweile nach unten. Angesichts der sich ausbreitenden Delta-Variante des Coronavirus ist das Grund zur Sorge. Aber woran liegt der Rückgang?

Die Ökonomin Nora Szech vom Karlsruher Institut für Technologie sieht für Deutschland einen wichtigen Grund: „Da wir lange viel zu wenig Impfstoff hatten, wurde oft ignoriert, dass die Impfbereitschaft der Menschen ebenso wichtig ist wie die Verfügbarkeit“, sagt sie. In einer Studie zu Anreizen fand sie heraus, dass Geldbeträge ab 100 Euro Menschen zur Impfung motivieren können. „Bei 500 Euro könnte bereits eine Impfquote Richtung 90 Prozent möglich werden.“

Politiker und Experten hofen auf solche Werte. Doch für den Impfeffekt komme es auf die Geldmenge an: Das Münchner ifo Institut für Wirtschaftsforschung schätzt den Wert der Impfung für die Gesellschaft auf 1500 Euro. Wenn Menschen nun zum Beispiel zehn Euro für eine Impfung angeboten bekämen, könne dies abwertend wirken und demotivieren, erklärt Szech.

Eine andere Untersuchung, unter anderem von der Humboldt-Universität Berlin, stellte hingegen kaum Einfluss kleiner Summen fest. Die Studie sagt aber auch: Beträge ab 50 Euro und die Rückgabe von Freiheiten für Geimpfte könnten die Bereitschaft erhöhen.

Die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion in Bayern, Ruth Waldmann, hält nichts von finanziellen Anreizen: „Es geht hier um den Gesund-



Uschi Glas, Testimonial der #ÄrmelHoch-Kampagne

heitsschutz. Das Geld brauchen wir an anderer Stelle.“

Ein einfacher Zugang zur Impfung – wenig Aufwand, Vorbeikommen ohne Termin – kann der Forschung zufolge motivieren. „Wir müssen langsam, aber sicher weg vom Impfzentrum und hin zu einem dezentralen Impfangebot kommen“, sagt Dominik Spitzer, FDP-Gesundheitsexperte im Landtag.

Länder wie die USA haben früh angefangen, Gutscheine an Geimpfte auszugeben oder gar Lotterien mit Gewinnen über hunderttausende Dollar zu starten. Deutschland setzte bisher vor allem mit Kampagnen wie „#ÄrmelHoch“ und in Bayern „Ich tu’s“ auf prominente Gesichter. „Generell richten sich Menschen bei der Impfung schon auch danach, was andere tun. Daher können Vorbilder helfen“, bemerkt Szech. Darüber hinaus wird weitere Aufklärung verlangt: „Infostände vor einem Einkaufszentrum oder einem Freizeitpark sind erprobte und erfolgreiche Instrumente“, hält FDP-Mann Spitzer fest.

Seine Kollegen von den Grünen, Christina Haubrich, unterstützt die Idee, Menschen wohnortnah aufzuklären. Für sinnvoll hält sie Informationsmobile wie in Augsburg. Diese müssten in ganz Bayern unterwegs sein.

Verbände, Kirchen und andere Organisationen sollten aufgerufen werden, zu informieren und zu Impfungen zu appellieren. „Das jeder problemlos schnell einen Termin bekommen kann, muss jetzt gut kommuniziert werden“ – in leichter Sprache, mehrsprachig, barrierefrei.

Auch der CSU-Abgeordnete Bernhard Seidenath sieht Bedarf für niedrigschwellige Beratung. Denn: „Wir nehmen die Sorgen der Menschen, die Bedenken haben, sehr ernst. Wer jetzt den Druck auf diese Menschen zu sehr erhöht, erreicht das Gegenteil, schürt Verunsicherung.“

Andreas Winhart (AfD) findet: „Die Informationslage ist gut. Jeglicher Druck ist völlig überzogen und unangebracht.“ Statt weiterer Strategien für eine hohe Impfereitschaft brauche es Überlegungen, wie mit „Impfpfern“ umgegangen werde.

C. BODEN